

Soziale und politische Teilhabe im modernen Kapitalismus - ein Vergleich der Theorien von Oskar Negt und Klaus Dörre

Egger, Judith

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Egger, J. (2012). Soziale und politische Teilhabe im modernen Kapitalismus - ein Vergleich der Theorien von Oskar Negt und Klaus Dörre. *Soziologiemagazin : publizieren statt archivieren ; Sonderheft, 1*, 58-71. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-391447>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>



©Jens Bredehorn/Pixelio

Soziale und politische Teilhabe im modernen Kapitalismus

Ein Vergleich der Theorien von Oskar Negt und Klaus Dörre

von Judith Egger

Im sozialwissenschaftlichen Diskurs über Kapitalismus zeigt sich, dass trotz heterogener theoretischer Ansatzpunkte oftmals ähnliche zentrale Themen behandelt und ähnliche Schlussfolgerungen gezogen werden. SozialwissenschaftlerInnen interpretieren soziale Veränderungen zwar auf unterschiedliche Weise, können dabei dennoch auf annähernd dieselben Ergebnisse kommen. Diese Tatsache zeigt der hier vorliegende Vergleich der Gesellschaftsanalysen von Klaus Dörre und Oskar Negt. Obwohl beide der Kapitalismustheorie zugeordnet werden, setzen ihre Gesellschaftstheorien an ganz unterschiedlichen Punkten an und verfolgen demnach auch unterschiedliche Argumentationslinien. Umso erstaunlicher erscheint es, dass sich die Ergebnisse ihrer Analysen so sehr ähneln und sich gegenseitig zu bestätigen scheinen. Der Vergleich dieser beiden Gesellschaftstheorien ist jedoch auch als gegenseitige Ergänzung zu sehen, da beide Autoren ihre Schwerpunkte auf verschiedene Teilaspekte setzen. Durch die zusammenführende Analyse beider Perspektiven kann somit ein umfassenderes Bild des Spannungsverhältnisses zwischen Demokratie und Kapitalismus gezeichnet werden.

Die beiden Theorien stellen einen Gegenpunkt zur populären neoliberalen Meinung dar, derzufolge der Kapitalismus das einzige Wirtschaftssystem sei, das mit einer freien, gerechten und somit auch demokratischen Gesellschaftsform vereinbar wäre. Die Autoren stellen die vermeintliche Alternativlosigkeit des herrschenden Gesellschaftsmodells infrage und zeigen einige der neu entstehenden Probleme auf, die sich für einen Großteil der Bevölkerung ergeben.

Die für diesen Vergleich wesentlichen Teile der Theorien von Negt und Dörre werden im Folgenden zuerst getrennt beschrieben, um die Grundzüge ihrer Theorien darzustellen und im Anschluss die Parallelen, aber auch die wesentlichen Differenzen der beiden Ansätze herausarbeiten zu können.

Negts Plädoyer für einen neuen Sozialismus

Negt befasst sich eingehend mit sozialer Teilhabe, der Entwicklung von Arbeit und der Bedeutung von Gewerkschaften in der Gegenwartsgesellschaft. Als Schüler von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno steht er in der Tradition der kritischen Theorie und ist der Kapitalismustheorie zuzuordnen. Er bezieht klar Stellung für Gewerkschaften, da er schon als Student in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig war. Negts Theorie ist daher nicht rein analytisch, sondern auch sehr stark normativ. Seine Nähe zur sozialistischen Politik legt er offen dar, was dem reflektierten Wissen-

schaftsverständnis der Frankfurter Schule entspricht (Vgl. Negt 2011: 242f.).

Eine zentrale Grundüberlegung Negts besteht in der Annahme, dass in unserer heutigen Gesellschaft die Demokratie den Prinzipien des Marktes untergeordnet werde. Seine Gesellschaftsanalyse ist eine grundlegende Kulturkritik. Negt sieht die kapitalistische Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht in der Krise und subsumiert diese Krisensituation unter dem Begriff der „Erosionskrise“ (Negt 2008: 124). Diese zeige sich in „chronischer Arbeitslosigkeit, in der Marginalisierung großer Bevölkerungsteile und dem Legitimationsverlust des politischen Herrschaftssystems“ (ebd.: 125). Negt diagnostiziert einen Bedeutungsverlust der Politik in der Gegenwartsgesellschaft und geht sogar so weit von einer „Entpolitisierung der professionellen Politiker und Verödung der öffentlichen Räume“ (Negt 2011: 494) zu sprechen. Diese Entwicklung erachtet er als „tödlich“ (ebd.) für ein demokratisches Gesellschaftssystem. Die Demokratie als solche gerate also in eine Krisensituation. Zeitgleich herrschte jedoch die Meinung es gäbe keine Alternativen zum herrschenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Diese Kombination sei gerade deshalb fatal, zumal die Menschen sich gegenwärtig in einer Zeit wachsender Unsicherheit bezüglich der individuellen sowie gesamtgesellschaftlichen Situation befänden. Die beschriebene Unsicherheit werde durch die Entkoppelung von Ökonomie und realer Produktions- und Lebenswelt – den

Finanzkapitalismus – hergestellt. (Vgl. ebd.: 490) Diese Situation wiederum macht es für Negt unerlässlich, nach den Möglichkeiten zu fragen, wie sich soziale Teilhabe und somit aktive Einbeziehung in eine demokratische Gesellschaftsgestaltung herstellen lässt. Denn eine Demokratie lebe schließlich von der politischen Beteiligung ihrer Mitglieder (vgl. ebd.: 495).

Sein Demokratieverständnis begründet Negt mit der ursprünglichen, historischen Bedeutung von Demokratie, die das Handeln zum Wohl der Mehrheit der Bevölkerung zum obersten Ziel erklärte. Demgegenüber stellt er das politische Teilhabedefizit, das für ihn kennzeichnend für moderne kapitalistische Gesellschaften ist. Die kapitalistischen Werte, wie zum Beispiel Konkurrenzfähigkeit und das Handeln zu seinem individuellen Vorteil, stehen für Negt der klassischen Auffassung von Demokratie entgegen. Diese vertraten beispielsweise Sokrates und Montesquieu, indem sie Demokratie als präventive Staatsform gegen die Tyrannis und zugleich als Garant für individuelle Sicherheit betrachteten. In der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft hingegen würden Konkurrenzfähigkeit und das Handeln zum persönlichen Vorteil zur obersten Maxime stilisiert. Mangelnde Empörung über diesen Wertewandel wirft Negt vor allem den Intellektuellen vor. (Vgl. ebd.: 496ff.)

Die politische Ideologie des Neoliberalismus sieht Negt unvereinbar mit dem klas-

sischen, schon in der Antike gezeichneten Bild einer guten Bürgerin/eines guten Bürgers. Räume und Möglichkeiten zur Teilhabe an politischen Entscheidungen fehlen. Die Mitbestimmung ist auf Wahlen beschränkt, die keine echte Partizipation mehr darstellen. BürgerInnen fühlten sich zunehmend ausgeschlossen, was die Distanz zwischen den Individuen auf der einen Seite und den politischen Entscheidungsträgern auf der anderen vergrößerte. Damit gerate die Bewahrung des gesamtgesellschaftlichen Wohls als genuines Ziel der sogenannten Volksvertreter aus deren Blickfeld. (Vgl. ebd.: 498f.)

Negts Demokratieverständnis beinhaltet eine verstärkte Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, wodurch wiederum ein Verantwortungsgefühl für das gesamtgesellschaftliche Gemeinwohl entstünde. Das Fehlen dieses Verantwortungsgefühls sei umso folgenreicher, da Macht sich in Form von ökonomischer Macht immer mehr in den Händen Weniger sammle. Die Selbstverständlichkeit, mit der TopmanagerInnen heutzutage ihre macht- und gesellschaftspolitisch privilegierten Positionen beanspruchen, ist laut Negt nicht das Ergebnis fehlender individueller Moral, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen:

[...] es ist also ein strukturelles gesellschaftliches Problem, mit dem wir es zu tun haben, keines einzelner Managerkarrieren. Es drückt eine schwere Stö-

rung der Maßverhältnisse von Macht und Moral, von öffentlicher Verantwortung der Mächtigen und einem Besitzindividualismus aus, der räuberische Aneignungspraktiken als schöpferische Impulse missdeutet. (Negt 2011: 520)

Die Krise, in der sich die Demokratie im gegenwärtigen Kapitalismus befinde, zeige sich auch in der Tatsache, dass jene Gesellschaftsmitglieder, die im Kapitalismus als VerliererInnen gelten (z.B. Erwerbslose oder GeringverdienerInnen), kaum mehr Vertrauen in die Demokratie hätten und sie sogar zunehmend ablehnten, weil sie nicht mehr daran glaubten, dass sich ihre Probleme mit demokratischen Mitteln lösen ließen (vgl. ebd.: 517). Einen solchen Vertrauensverlust in die Demokratie beurteilt Negt vor allem deshalb als problematisch, weil er einen Nährboden für radikale politische Strömungen, wie etwa den Rechtsradikalismus, biete, was sich durch aktuelle politische Entwicklungen (z. B. durch den Stimmgewinn nationalistischer Parteien bei Parlamentswahlen in Europa) zu bestätigen scheint.

Negt beschäftigt sich, wie viele VertreterInnen der Frankfurter Schule, mit der Frage, wie es im Deutschland der 1930er- und 1940er-Jahre zur Machtübernahme des menschenverachtenden Regimes des Nationalsozialismus kommen konnte. Er erkennt Parallelen zur gegenwärtigen Situation und leitet daraus die Wichtigkeit der Kontrollfunktion der Demokratie ab. Diese Funktion sei vor allem in einem kapitalistischen Ge-

sellschaftssystem von Bedeutung, da dieses potenziell Ungleichheit und damit verbundene soziale Probleme schaffe. Wird den Betroffenen keine Möglichkeit zur Besserung ihrer Situation durch gesellschaftliche Umverteilungsprozesse gegeben, führe dies zu Verbitterung und Wut, die das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft stark gefährden. (Vgl. ebd.: 511f.)

Um die soziale Teilhabe zu fördern und damit auch das Bestehen einer aktiven Demokratie zu sichern, das heißt einer Demokratie, in der die Macht tatsächlich von den BürgerInnen und nicht von wenigen Reichen ausgeht, empfiehlt Negt eine Verstärkung der politischen Erwachsenenbildung. Individuen müssten sich wieder auf klassische BürgerInnenpflichten und -tugenden rückbesinnen, um so gesellschaftliche Entscheidungskompetenzen (zurück) zu erlangen. Um diesen Wertewandel zu erreichen, bedürfe es allerdings einer Änderung der herrschenden Wirtschaftsordnung und einer klaren Ablehnung neoliberaler Ideologien, die ein egoistisches und individualistisches Menschenbild propagierten. (Vgl. ebd.: 503ff.)

Ein weiterer entscheidender Faktor in Negts Gesellschaftsanalyse ist die freie Verfügbarkeit über Zeit. Er beschreibt die Bedeutung von Zeit auf zwei Ebenen: erstens auf der Ebene des Individuums und zweitens auf der Ebene der Politik. Auf individueller Ebene misst er dem Kampf um Arbeitszeitverkürzung sehr große Bedeutung bei.

Niedrigere Arbeitszeit erhöhe die Chance auf Teilhabe und bedeute nicht nur mehr Zeit, in der man von Arbeit befreit sei, sondern auch mehr Zeit, über die Menschen frei von normativen Herrschaftsstrukturen verfügen könnten (vgl. Negt 2008: 143ff.). Negt stellt gegenwärtig die Ausweitung eines nach ökonomischen Maßstäben gestalteten Zeitverständnisses fest, das vor allem durch die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit auch auf die Freizeit übertragen werde. Flexibilisierung werde so zur Standardisierung von individueller Zeit. Dabei sei frei verfügbare Zeit zentral für eine selbst bestimmte Lebensgestaltung und aktive Teilhabe am öffentlichen Leben. (Vgl. ebd.: 142f.) Im gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftssystem werde Zeit auch in der Politik nach ökonomischen Maßstäben verstanden, da sich „die Politik komplett dem betriebswirtschaftlich-technischem Zeitbegriff untergeordnet“ (ebd.: 139) habe. Dabei werde völlig übersehen, dass „öffentliche Reflexionszeit“ (ebd.) unbedingt nötig wäre, um komplexe gesellschaftliche Probleme zu erfassen und zu lösen. Doch die Ausweitung eines betriebswirtschaftlich-technischen Zeitverständnisses führe dazu, dass „Mußeorte des Lernens“ (ebd.) als ineffizient wegrationalisiert würden und dadurch dieser kritische Reflexions- und Diskussionsprozess verhindert werde.

Negt beschreibt als einzige Möglichkeit, dem Prozess der Entpolitisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken, eine Demokratisierung aller Lebensbereiche. Dazu

zählt er auch die Mitbestimmung über die produzierten Gewinne und Vermögen, von denen gegenwärtig vor allem ManagerInnen und UnternehmenseignerInnen profitierten (vgl. Negt 2011: 515). Negt deckt in diesem Zusammenhang den Irrtum vom „Marktmythos“ (ebd.: 530) auf, der besagt, dass ein freier Markt auf friedliche Weise Fortschritt und Wohlstand für die Menschheit bringe. Der „Marktmythos“ (ebd.) ist für ihn nur ein Instrument zur Stabilisierung bestehender Machtstrukturen (vgl. ebd.: 531). Es sei daher an der Zeit, sozialistische Ideen zur Neugestaltung der Gesellschaftsordnung und zur Rettung der Demokratie wieder aufzugreifen:

Sozialismus hat in allen Varianten seines politischen Ausdrucks immer die Idee enthalten, dass der entwürdigende Objektüberhang der Produktion und der Produkte einer gesamtgesellschaftlichen Rahmenplanung bedarf, wenn individuelle Freiheit gesichert sein soll. (Negt 2011: 531)

Im Kapitalismus könne im Gegensatz zum Sozialismus keine wirkliche Demokratie entstehen, die Gerechtigkeit generieren würde. Durch den Stalinismus seien sozialistische Ideen lange Zeit als utopisch und in menschenunwürdigen Regimes endend kategorisch abgelehnt worden, was laut Negt in die Hegemonie kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen mündete (vgl. Negt 2011: 523). Diese Periode der Unan-

gefochtenheit des Kapitalismus sieht Negt als beendet, da der Kapitalismus so große Ungleichheit produziere, dass die AkteurInnen dies nicht länger hinnehmen würden. Dadurch werde der gesellschaftliche Wandel hin zu einem neuen Sozialismus unausweichlich:

Zum ersten Mal in der Geschichte erweist sich der Kapitalismus als Weltsystem, das kein Außen mehr hat. Damit ist eine der wenigen, aber wesentlichen Prognosen von Marx erfüllt, dass eine sozialistische Gesellschaftsordnung nur dann eine Chance hat, wenn der Kapitalismus seine eigenen Potentiale völlig ausgeschöpft hat und in einem, was die Kräfte außerhalb betrifft, alternativlosen geschichtlichen Milieu existiert. Der Sozialismus wächst aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung heraus, ist ihr Produkt und Erbe zugleich. (Negt 2011: 526)

Die Beschreibung eines Außens erinnert sehr stark an die Theorie der kapitalistischen Landnahme bei Klaus Dörre, die im Folgenden noch genauer erläutert wird, und lässt eine deutliche Parallele in den Gesellschaftsanalysen der beiden Theoretiker erkennen. Negt folgt der traditionellen sozialistischen Sichtweise, wonach der Kapitalismus unweigerlich in den Sozialismus führe. Es dürfe laut Negt jedoch nicht der Fehler begangen werden, bei der Umsetzung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung das „Besondere“ (ebd.), also die individuelle Frei-

heit und das individuelle Wohlergehen, dem „Allgemeinen“ (ebd.), also dem gesamtgesellschaftlichen Wohlergehen, unterzuordnen. Dies sei laut Negt in der Vergangenheit in sozialistischen Staaten geschehen und habe dort zwangsweise zu Unzufriedenheit und Leid geführt. Es gelte demzufolge, individuelle Freiheit und Selbstbestimmung mit Verantwortungsgefühl für die Gesamtgesellschaft zu vereinen. Dies schließe sich keinesfalls aus, sondern könne im Sinne einer verstärkten Teilhabe der Bevölkerung an demokratischen Prozessen realisiert und gefördert werden. Um die Umsetzung in die Praxis nicht zu gefährden, sei es unbedingt notwendig, die Bedeutung des Besonderen verstärkt in die neue sozialistische Theoriebildung einzubeziehen. (Vgl. ebd.: 538)

Negt ist seinem Selbstverständnis nach ein praxisorientierter Theoretiker, der durch seine Gesellschaftsanalyse aktiv in die gesellschaftliche Ordnung eingreifen möchte. Vor allem durch ein verändertes Bewusstsein der Intellektuellen, im Sinne einer intendierten Kulturkritik, aber auch durch politische Bildung einer breiten Bevölkerungsschicht sollen seine Ziele verwirklicht werden.

Dörres Konzept der kapitalistischen Landnahme

Als ein führender Vertreter der neuen Kapitalismustheorie und einer der bedeutendsten Prekaritätsforscher im deutschsprachigen Diskurs beschreibt auch Klaus Dörre in

seiner Gesellschaftsanalyse eine Krisensituation, die durch wachsende Ungleichheit in Bezug auf materielle Verteilung und Teilhabechancen geprägt ist. Dabei stützt er sich auf ein Konzept der so genannten kapitalistischen Landnahme, das aus Karl Marx' Theorie von einer „ursprünglichen Kapitalakkumulation“ (Dörre 2010b: 1) entwickelt wurde. Mit Landnahme wird dabei „die Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise in einer nichtkapitalistischen Umwelt“ (ebd.) beschrieben. Von David Harvey entlehnt Dörre die Idee eines im Kapitalismus selbst aktiv hergestellten Außen(s) das der Kapitalismus benötige, um den Landnahmeprozess unendlich fortführen zu können und somit seinen Fortbestand zu sichern (vgl. ebd.: 1f).

Eine entscheidende Rolle spielen in Dörres Analyse der moderne Finanzkapitalismus und ein damit einhergehendes verändertes Zeitverständnis sowie die Prekarisierung der Lebensverhältnisse. Die markante Veränderung des Kapitalismus seit den 1990er-Jahren bezeichnet Dörre als „Finanzmarktkapitalismus“ (Dörre 2009: 22). Diese neue Form des Kapitalismus und seine Auswirkungen auf die privaten Lebensverhältnisse charakterisiert er folgendermaßen:

Der neue Geist des Kapitalismus mit seinem Credo für Flexibilität, Geschwindigkeit und Aktivierung ist zugleich das Medium, das den Transfer (finanz-)marktcompatibler Normen auch auf jene Bereiche leistet, die zuvor der

privatwirtschaftlichen Gewinnrationalität entzogen waren. (Dörre 2009: 64)

Das heißt, dass der Kapitalismus immer mehr Lebensbereiche beanspruche und immer weniger Bereiche außerhalb des kapitalistischen Systems existierten, die nicht von Rationalität und Effizienzdenken durchdrungen wären. Neu daran ist, dass es auch zu einer so genannten inneren Landnahme also einer Erschließung des Privatlebens durch den Kapitalismus komme. Private Beziehungen und Freizeit würden nach rational-wirtschaftlichen Maximen möglichst profitabel gestaltet und erhielten somit kapitalistischen Vertragscharakter. (Vgl. Dörre 2002b: 37f.)

Ein wichtiges Kriterium des Finanzkapitalismus sei die Prekarisierung, die eine Schwächung der „institutionelle(n) Arbeitermacht“ (Dörre 2009: 65) vor allem in Form von Gewerkschaften zugunsten einer neuen Managementelite verursache. Das Leben im Finanzkapitalismus sei für die Individuen von großer Unsicherheit geprägt – bei gleichzeitiger Kapitalisierung ihrer Lebenswelt. Außerdem erweise sich das gesamte System als sehr krisenanfällig, da es geprägt sei von Deregulation und fehlender Risikotransparenz. (Vgl. ebd.: 69ff.) Mit Prekarität beschreibt Dörre den Umstand, dass es keine „verbindlichen Standards, die Arbeits- und Einkommensbedingungen regeln“ (Dörre 2010b: 7), mehr gebe. Prekarität betreffe zwar noch immer vorwiegend niedrig Qualifizierte, jedoch seien zunehmend auch

höher Qualifizierte wie z.B. AkademikerInnen potenziell davon betroffen (vgl. ebd.: 7ff.). Die Planung der eigenen Zukunft werde durch Prekarität wesentlich erschwert, da man in ständiger Unsicherheit lebe. Die Heterogenität der Gruppe der Prekären erschwere zudem organisierte politische Teilhabe in Form von Gewerkschaftsaktivitäten. (Vgl. ebd.: 7)

Im Weiteren liegt nun der Fokus auf Dörres Beschreibung der sozialen Teilhabechancen auf individueller Ebene als Grundlage für den Vergleich mit Negt. Dörre spricht sich wie Negt klar für eine Erweiterung der demokratischen Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen aus. Konkrete Anweisungen gibt er für den Bereich der Arbeitswelt, die einer sehr starken Veränderung unterliegt. Nach Dörre stellt die zunehmende Flexibilisierung eine große Herausforderung und einen erhöhten Leistungsanspruch für die Arbeiternehmerschaft dar. Um diesen besser zu bewältigen, schlägt er eine stärkere direkte Einbindung der ArbeiterInnen in die Interessensvertretung oder „Mitbestimmung in der ersten Person“ (Dörre 2002a: 410) vor. Die steigende Deregulierung mache diese verstärkte individuelle Partizipation immer notwendiger, ohne jedoch die Bedeutung der organisierten Interessensvertretung zu untergraben. So sollten nach Dörre Leistungskriterien beispielsweise von gewerkschaftlichen Interessensvertretungen und nicht von Einzelpersonen ausgehandelt werden. Aufgrund der heterogenen Arbeitsformen werde eine

Neugestaltung der Partizipation an arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen jedoch unerlässlich. (Vgl. ebd.: 407ff.) Nur durch eine verstärkte Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen über Arbeitsbedingungen könnten sie Flexibilisierung positiv erleben und nicht als zusätzlichen Stressfaktor, der zu Überforderung führe (vgl. ebd.: 408).

Sowohl bei Negt als auch bei Dörre nehmen Gewerkschaften eine zentrale Stellung bei der Verbesserung sozialer und politischer Teilhabechancen ein. Gewerkschaften müssten entsprechend der veränderten Bedingungen in einem entfesselten Finanzkapitalismus neu gestaltet werden, um ihre Bedeutung und politische Entscheidungskraft zu stärken. Dörre sieht die Hauptaufgabe der Gewerkschaften darin, sich an die veränderten Arbeits- und Lebensverhältnisse anzupassen, um weiterhin einflussreich zu bleiben, beziehungsweise wieder mehr Einfluss zu gewinnen. Als ersten konkreten Ansatzpunkt nennt er die verstärkte internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften, da Nationalstaaten durch die fortschreitende Globalisierung und Deregulierungen immer unbedeutender würden. Zudem müssten sich Gewerkschaften vom klassischen, fordistischen Arbeitsverständnis (männliche Normalarbeitsverhältnisse) lösen und vor allem die Interessen prekär Beschäftigter vertreten. Außerdem betont Dörre, dass Gewerkschaften bemüht sein müssten, ihre Mitglieder als Subjekte und nicht als Mitglieder einer homogenen Klasse anzusprechen, da im modernen Ka-

pitalismus kein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Klasse mehr bestehe. (Vgl. Dörre 2002b: 40f.) Einen weiteren Schwerpunkt der gesellschaftlichen Aufgaben von Gewerkschaften sieht Dörre in der politischen Bildung. Diese müsse eine umfassende Gesellschafts- und Kapitalismuskritik beinhalten und bestehende Ungleichheiten und Machtstrukturen aufzeigen. Dabei dürfe sie jedoch kein statisches Gesellschaftsbild zeichnen, das jegliche Verbesserung unmöglich erscheinen lässt, sondern müsse umsetzbare Alternativen aufzeigen. Eine einheitliche Gesellschaftstheorie ist nach Dörre weder nötig noch möglich. Theoriepluralismus sei von den Gewerkschaften zu begrüßen und aufgrund der Heterogenität der ArbeiterInnen ohnehin unumgänglich. (Vgl. ebd.: 42)

Die gesellschaftliche Tendenz zur Individualisierung und zu lebenslangem Lernen sollte nach Dörre von den Gewerkschaften aufgegriffen und dazu genutzt werden, Menschen einen kritischen Zugang zu Politik und Gesellschaftstheorien zu ermöglichen. Menschen sollten dadurch zu einem „reflektierten Individualismus“ (Dörre 2002b: 43) finden, der zum Ziel hätte, dass sie sich der Bedeutung von Gesellschaft für ihre individuelle Lebenssituation bewusst würden. (Vgl. ebd.: 43f.) Durch dieses verstärkte Bewusstsein könnte ein neues Interesse an sozialer Teilhabe geweckt werden, das die Individuen darin bestärke, mehr Teilhabe-rechte zu fordern.

Wie für Negt spielt auch für Dörre die Verfügbarkeit über individuelle Zeit eine wichtige Rolle. Den Kampf um Arbeitszeit sieht Dörre genau wie Negt als hochpolitischen Kampf, in dem es um die Befreiung von Herrschaftsstrukturen und Zwängen gehe. Dabei nimmt Dörre direkt Bezug auf Negts Arbeiten über die Bedeutung des Kampfes um weniger Arbeits- und mehr Lebenszeit (vgl. Dörre 2010a: 50). Im modernen Kapitalismus verändere sich das Zeitverständnis jedoch grundlegend. Dörre bezeichnet das aktuelle Zeitverständnis als „diskontinuierlich“ (ebd.: 47). Damit ist gemeint, dass Zeit ihre Planbarkeit zum Teil wieder verliere, nachdem das Prinzip der „linearen Zeit“ (ebd.), welches strenge Organisation und Planung von Zeiteinheiten meint, lange charakteristisch für den Kapitalismus war. Statt einer klaren und fixen Trennung zwischen Arbeit und Freizeit sei eine zunehmende Vermischung dieser zwei Bereiche zu beobachten, wobei aber die Verfügbarkeit für die Arbeit klar dem Anspruch auf Freizeit und Muße übergeordnet werde. Diese Rangordnung müsse eingehalten werden, wenn man seine prekäre Arbeit behalten wolle, die die einzige Möglichkeit für eine relativ gesicherte Existenz zu sein scheint. (Vgl.ebd.:63)

Der Kampf um mehr Mitbestimmung über die eigene Zeit müsse laut Dörre von den Betroffenen ausgehen. Mögliche Lösungen wären für ihn Kurzarbeit, so wie sie in der Finanzkrise ab 2008 eingesetzt wurde, oder eine „kurze Vollzeit für alle“. Als Ziel

bezeichnet er ein Mindestmaß an „Zeitwohlstand“ (ebd.: 68) und eine „egalitäre Verfügung über Lebenszeit“ (ebd.). Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stelle, laute jedoch, wie die AkteurInnen, die derzeit dem herrschenden Zeitregime und seinen Machtstrukturen unterworfen seien, ausbrechen und eine Änderung einklagen könnten, vor allem, wenn man bedenkt, dass ihre Lebenssituation durch Prekarität bedroht ist und ihre Handlungsspielräume durch das herrschende diskontinuierliche Zeitregime extrem begrenzt sind. Diese Frage scheint in Dörres Abhandlung über die Problematik des kapitalistischen Zeitverständnisses offen zu bleiben.

Die beiden Ansätze im Vergleich: Übereinstimmungen und Differenzen

Die Theorien von Negt und Dörre weisen auffallende Parallelen in ihren Analysen auf und decken sich in der Konstatierung des zentralen Problems der Gegenwartsgesellschaft: der Bedeutungsverlust der Demokratie im Kapitalismus. Die Gegenüberstellung der beiden Ansätze macht dies deutlich und unterstreicht die Ernsthaftigkeit und die Komplexität der Lage. Abschließend werden noch einmal die wichtigsten Aspekte der beiden Theorien herausgearbeitet und verglichen.

Festzustellen ist in jedem Fall, dass soziale und politische Teilhabe ein zentrales Thema bei Dörre und Negt darstellen. Schlüsselfunktion für eine gelingende Teilhabe besitzt für beide Autoren die Organisation

von Arbeit und Zeit. Dabei beschreibt Negt vor allem eine Planierungs- und Vereinheitlichungstendenz der Zeit, wobei für Dörre die Diskontinuität und die damit verbundene ständige Verfügbarkeit der individuellen Arbeitskraft im Vordergrund stehen. Beide diagnostizieren das Problem der mangelnden Verfügbarkeit und Entscheidungsmacht über die eigene Zeit. Zeit wird bei beiden zu einem Machtinstrument. Dies gilt nicht nur auf individueller, sondern vor allem auf gesellschaftlicher und somit politischer Ebene. Dörre stimmt Negt zu, dass der Kampf um Arbeitszeitverkürzung immer ein politischer Kampf um Teilhabe und Gestaltung an Gesellschaft war und ist.

Sowohl Dörre als auch Negt sehen ein Defizit an Teilhabechancen in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, jedoch basieren ihre Analysen auf zwei unterschiedlichen Ausgangsüberlegungen. Negt sieht den Grund des aktuellen Missstandes in einer Höherbewertung von wirtschaftlichen gegenüber politischen Interessen. Entpolitisierung von professionellen PolitikerInnen und betriebswirtschaftliche Ausrichtung von Politik stellen bei Negt das Fundament für die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen dar. Daher ist es auch wenig verwunderlich, dass seine Veränderungsvorschläge auf eine Bewusstseinsbildung im Sinne einer Rückbesinnung auf politische BürgerInnenpflichten und ein historisches Demokratieverständnis abzielen. Der Weg dorthin führt für ihn über politische Bildung in den Gewerkschaften.

Dörre hingegen beginnt seine Gesellschaftsanalyse bei den aktuellen Entwicklungen des Wirtschaftssystems. Veränderte Zeitwahrnehmungen und Arbeitsbedingungen sind demnach Folge eines veränderten Kapitalismus. Vor allem die Entstehung und Ausweitung eines risikobehafteten Finanzkapitalismus sowie die Übertragung kapitalistischer Denkweisen auf immer mehr Lebensbereiche schränken die sozialen und politischen Teilhabechancen der Gesellschaftsmitglieder zunehmend ein und führen zu einer Ausweitung und Verfestigung von bereits bestehender Ungleichheit. Laut Dörre wird es für die einzelnen Menschen zusehends schwieriger, über ihre Zeit frei zu verfügen und an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Um eine Veränderung zu ermöglichen, müssen Rahmenstrukturen – zum Beispiel die Wochenarbeitszeit – verändert werden. Wie Negt schreibt auch Dörre der Gewerkschaft eine wichtige Rolle beim Kampf um mehr soziale und politische Teilhabe zu.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Theorien findet sich in der Prognose über den Fortbestand des Kapitalismus. Während Negt davon überzeugt scheint, dass der Kapitalismus in einem neuen Sozialismus enden wird, prognostiziert Dörre in seinem Landnahmekonzept eine ständige Verschiebung der kapitalistischen Grenzen. Seiner Meinung nach wird es immer ein „Außen“ geben, das Voraussetzung für das Fortbestehen des krisenanfälligen Kapitalismus ist. Die Prognose Dörres er-

scheint plausibler, da auch realpolitisch beobachtbar ist, dass der (Finanz-)Kapitalismus trotz zahlreicher Krisen scheinbar unüberwindbar bleibt und sich zumindest in Europa kaum Anzeichen (wie etwa die ernst gemeinte Diskussion oder gar Umsetzung von alternativen Wirtschafts- und Politsystemen, die eine direktere Mitbestimmung der Bevölkerung brächten) für den von Negt skizzierten „neuen Sozialismus“ finden. Viel eher ist zu beobachten, dass auch Krisensituationen wieder kapitalistisch verwertbar gemacht werden und den Kapitalismus eher noch stärker verankern (beispielsweise durch die Praxis in Krisensituationen die Sozialleistungen des Staates zu Gunsten der Wettbewerbsfähigkeit zu kürzen, oder die Übertragung von politischen Entscheidungskompetenzen auf ExpertInnen, die keineswegs demokratisch legitimiert sind), was der von Dörre beschriebenen ständigen kapitalistischen Landnahme entspricht.

Dörre behandelt das vielschichtige Phänomen der Prekarität sehr zentral und beschreibt vor allem die Hindernisse, die einer Veränderung der aktuellen Verhältnisse im Weg stehen. Offen bleibt jedoch bei beiden Theoretikern die Frage nach den AkteurInnen im gesellschaftlichen Veränderungsprozess – zumal beide einräumen, dass es keine homogene ArbeiterInnenschicht mehr gibt. Einen möglichen Ansatzpunkt liefert Dörre, der für eine Gewerkschaft eintritt, die den individuell differierenden Arbeitsverhältnissen gerecht wird und der es somit gelingt, die heterogene Gruppe der ab-

hängig Beschäftigten zu vereinen. Von dieser Gruppe soll dann, durch forcierte politische Bildung und die Bildung eines Gruppenselbstbewusstseins, eine grundsätzliche Änderung der Gesellschaft ausgehen, die wieder mehr direkte Teilhabe ermöglicht.

Beide Ansätze veranschaulichen die Zusammenhänge zwischen dem aktuellen kapitalistischen Wirtschaftssystem mit dem zugrunde liegenden neoliberalen Wertesystem und den begrenzten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gesellschaftsmitglieder. Dörres Ansatz erscheint jedoch wertvoller, weil belegbarer, da er an den realen Arbeitsverhältnissen und der konkreten wirtschaftlichen Situation ansetzt. Dem entgegen geht Negt von einem Wertewandel, weg von der Demokratie hin zur uneingeschränkten Marktgläubigkeit, aus. Ein Wertewandel ist jedoch, in marxistischer Tradition betrachtet, Folge und nicht Ausgangspunkt für die Veränderung von materiellen Lebensverhältnissen. Dass beide Autoren im Ergebnis eine neue Form der Demokratie befürworten, ist angesichts der Tatsache, dass gegenwärtig Entscheidungen im Namen der Demokratie getroffen werden, die jedoch alles andere als das Gemeinwohl im Sinne haben, als wichtiger Beitrag im soziologischen Gerechtigkeitsdiskurs zu werten.

Literaturverzeichnis:

Dörre, Klaus (2002a): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Dörre, Klaus (2002b): Politische Bildung im flexiblen Kapitalismus. Anregungen für die gewerkschaftliche Debatte. In: *Röder*, Wolf/Jürgen/*Dörre*, Klaus (Hrsg.): Lernchancen und Marktzwänge: Bildungsarbeit im flexiblen Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot,

Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: *Dörre*, Klaus/*Lessenich*, Stephan/*Rosa*, Hartmut (unter Mitarbeit von Thomas Barth): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.21-86.

Dörre, Klaus (2010a): Landnahme, sekundäre Ausbeutung und soziale Zeitregimes. Eine Ideen-skizze. In: *Frey*, Michael u.a. (Hrsg.): Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht: Transformationen, Reflexionen, Interventionen (Arbeit und Leben im Umbruch. Schriftenreihe zur subjektorientierten Soziologie der Arbeit und der Arbeitsgesellschaft, Bd. 20). München: Rainer Hampp Verlag, S.47-74.

Dörre, Klaus (2010b): Prekarität – Zentrum der sozialen Frage im 21. Jahrhundert. Online verfügbar unter: http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Veranstaltungen/VA-Dokumentationen/Doerre_Prekaritaet__Zentrum_der_sozialen_Frage_im_21._Jahrhundert.pdf [letzter Abruf: 06.07.2011].

Negt, Oskar (2004): Wozu noch Gewerkschaften? Eine Streitschrift. Göttingen: Steidl Verlag.

Negt, Oskar (2011): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl Verlag.

Zur Autorin:

Judith Egger, 25, studiert seit 2008 an der Johannes-Kepler-Universität Linz Soziologie. Zu ihren wissenschaftlichen Interessengebieten gehören: Politische Soziologie, Entwicklungssoziologie und theoretische Soziologie.

Wissensmanagement

Focusgruppen

Dokumente

Protokolle

Feldforschung

Inhaltsanalyse

Interviews

Online Surveys

Visual Tools

Audio-/Video-Dateien

Tabellen

Textanalyse

Multilingual

PDFs

Geo-Linking

Bilder

Mixed Methods



Deutschlands Profi-Tool #1

MAXQDA, in der Fachliteratur präsent:



Praxisnahe und detaillierte Lehrbücher zur computergestützten Datenanalyse und zur qualitativen Evaluation

